
Peter Weigelt
Nationalrat FDP
Bionstrasse 4
9015 St.Gallen

Presstext

Grundsätzliche Überlegungen im Nachgang zum Fall „Hess“

Nicht die Politik, sondern die Wirtschaft ist gefordert

1991 warb die SP auf ihren Wahlplakaten mit dem Slogan „Wählt Nationalräte, keine Verwaltungsräte“. In logischer Folge forderten die Sozialdemokraten damals ein Nullwachstum, denn Wachstum war ebenso verpönt wie alles was mit Wirtschaft und Leistung zusammenhing. In der selben Zeit zeichnete ich verantwortlich für das Referendum gegen die Parlamentsreform, welche eine Professionalisierung der eidgenössischen Räte zum Ziele hatte. Bekanntlich lehnte das Volk das Reformpaket massiv ab und machte damit deutlich, dass am Milizparlament nicht gerüttelt werden darf.

von Nationalrat Peter Weigelt, FDP St.Gallen

Was aber haben diese „alten“ Geschichten mit den möglichen Konsequenzen aus dem Fall Hess zu tun? Sehr viel. Denn einerseits gilt es wieder erwachten Befürwortern eines Berufsparlaments in Erinnerung zu rufen, dass das Volk einem solchen Ansinnen bereits eine klare Abfuhr erteilt hat. Andererseits zeigt sich am Beispiel der SP, welche heute für die Sicherung der Sozialwerke opportunistisch ein jährliches Wirtschaftswachstum von über 3% fordert, wie unglaublich und kontraproduktiv die Ausgrenzung der Wirtschaft aus der Politik ist. Denn letztlich war es primär die Wirtschaft, welche die Rezession der 90er Jahre überwunden, neue Arbeitsplätze geschaffen und mit dem Wachstum neue Steuererträge erwirtschaftet hat. Sicherlich leistete auch die Politik ihren Beitrag, doch die Leistungen mussten im wirtschaftlichen Alltag erbracht werden; von Arbeitern, Führungskräften wie Verwaltungsräten.

Weg vom Prinzip „Prestige statt Praxis“

Wenn heute Verwaltungsratsmandate wiederum pauschal als Pakt mit dem Teufel verschrien werden, so liegt dies weniger am Fall Hess, als vielmehr an den wenig erbaulichen Vorfällen in gossen Verwaltungsräten (Swissair, Kuoni, SBB etc.). Die Frage nach den Konsequenzen muss also nicht primär gegenüber der Person von Peter Hess und damit der Politik gestellt werden, sondern vielmehr an die Wirtschaft selbst. Und hier wiederum ist zwischen der Konzernwirtschaft und der mittelständischen Wirtschaft zu unterscheiden, da Verwaltungsratsmandate in der Konzernwirtschaft oft nach dem Prinzip „Prestige statt Praxis“ zwecks Absicherung des Netzwerkes vergeben werden, während mittelständische Unternehmen auf praxisnahe, sachkompetente Organe angewiesen sind. Denn der KMU-Betrieb funktioniert nicht wie die Konzern-

wirtschaft oder der Staat nach dem Prinzip kollektiver Verantwortung (jeder und niemand ist verantwortlich), sondern die mittelständischen Wirtschaft erfordert Selbstverantwortung und persönliche Risikobereitschaft.

Neue Kriterien für die Besetzung von Verwaltungsratsmandaten

In diesem Sinne hat für mich nicht die Politik (schon gar nicht mit neuen Gesetzen) Konsequenzen aus dem Fall Hess zu ziehen, sondern die Wirtschaft selbst. Etwa in dem neue Kriterien für Verwaltungsräte formuliert und durchgesetzt werden, etwa Professionalität bezüglich der Geschäftsfelder einer Unternehmung, Unabhängigkeit zu Gunsten der Unternehmung, hohe zeitliche Verfügbarkeit, konkrete Verantwortung für einzelne operative Bereiche, Leistungsentlohnung etc.

Abschliessend stelle ich fest, dass Transparenz für mich selbstverständlich ist und gegen fehlende Sensibilität und fehlendes Augenmass auch Gesetze wenig hilfreich sind.